

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.

Nr. 161 Berlin und Bonn

19. Februar 2026

HANDBUCH DER
**POLIZEI
ATTACHÉS**
IN DEUTSCHLAND

ERST-
AUSGABE
2025

JETZT BESTELLEN



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Resilienz – etwas für alle?

(BS) Der Begriff Resilienz ist in aller Munde. Resilienz wird häufig mit Vorsorge gleichgesetzt – insbesondere mit Blick auf Krisensituationen. Doch sie betrifft ebenso den Schutz und die Funktionsfähigkeit im Alltag. Eine resiliente Verwaltung ist flexibel und setzt ihr Personal so ein, dass einzelne Beschäftigte nicht überfordert werden und zugleich keine Anträge unbearbeitet bleiben.

Resilienz der Gesellschaft bleibt jedoch das wichtigste Ziel. Denn jeder Mensch, der in Deutschland lebt – und das sind nicht nur die sogenannten Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Touristinnen und Touristen, Pendlerinnen und Pendler sowie Personen, die sich nur vorübergehend hier aufhalten – sollte wissen, welchen Beitrag er selbst leisten kann und leisten muss, um insgesamt zur Resilienz beizutragen. Wer für sich selbst, für die eigene Familie oder die Nachbarschaft vorsorgt, geht einen ersten Schritt hin zu mehr Resilienz. Auf Gedanken und Willen müssen Taten folgen. Hier stehen wir jedoch noch nicht auf der Zielgeraden: Vieles wird bislang beschrieben, um zu überzeugen. Dabei darf Resilienz keinesfalls nur als staatliche Aufgabe verstanden werden – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

CBRN-Fähigkeit beim THW aufgebaut



(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) ist künftig mit fünf neuen Dekontaminations-Containern zur Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Gefahren (CBRN) europaweit einsatzbereit.

Die THW-Einheit trägt den Namen „rescEU CBRN Decon Germany“. Sie soll europaweit einsetzbar sowie modular sein. Die Dekontaminations-Container werden mit LKWs transportiert. Es ist geplant, dass der Transport mit den neuen LKWs mit Ladekran und Seilwinde wie in den Fachgruppen Wassergefahren vonstattengeht.

Die ungefähr drei Meter langen Container sind autark und beinhalten u. a. Komponenten von Stromaggregaten, Mischgeräten für Chemikalien sowie Geräten zur Ausbringung von Dekontaminationsmitteln. Mit der Ausstattung können alle drei taktischen Dekontaminationsschritte von der Vorwäsche über die Aufbringung von Decon-Mitteln bis zur Nachwäsche durchgeführt werden. Eine Dekontamination von Fahrzeugen oder Infrastrukturbestandteilen kann gleichzeitig erfolgen. Ferner gibt es eine Vorrichtung zur Straßenreinigung, die am Fahrzeug angebracht werden kann.

Die Einheit ist von der Europäischen Union (EU) gelistet sowie finanziert und steht un-

ter einem permanenten Einsatzvorbehalt der Europäischen Kommission.

„Als ein Herzstück der rescEU CBRN-Einheit dienen diese neuen Dekontaminations-Container den THW-Einsatzkräften bei der Abwehr von oft geruchlosen oder unsichtbaren Gefahren. Wir können damit auf schwerwiegende CBRN-Verschmutzungen schnell und effektiv reagieren. Das stärkt die europäische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz“, erklärte THW-Präsidentin Sabine Lackner.

Insgesamt umfasst rescEU CBRN Decon Germany vier Teileinheiten mit insgesamt 300 Einsatzkräften vom THW und der Bundespolizei sowie über 60 Fahrzeuge, umfangreiche Decon-Ausstattung, Geräte, Zelte und die nun übergebenen Container, welche künftig vom THW betrieben werden.

Die weitere Ausstattung ist auf verschiedene Standorte, sowohl von THW als auch von der Bundespolizei, in Deutschland verteilt.

Mehr Geld für geschädigte Beamte

(BS) Die sächsische Regierung plant eine Änderung des Sächsischen Beamtenversorgungsgesetzes. Mit der Anpassung sollen die Leistungen für Beamteninnen und Beamte bei dienstlich verursachten Schäden künftig nahezu verdoppelt werden.

Nachdem das sächsische Kabinett den Gesetzentwurf verabschiedet hat, wird dieser nun in den Sächsischen Landtag eingebracht. Dort soll er parlamentarisch beraten und verabschiedet werden. Nach Angaben des sächsischen Finanzministeriums ist vorgesehen, dass die Änderung rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft tritt. Damit soll sichergestellt werden, dass die Familie des im Januar 2025 getöteten Polizisten eine höhere Entschädigung erhält. „Natürlich



Beamteninnen und Beamte in Sachsen sollen einen höhere Entschädigung bekommen, wenn sie im Dienst Schaden erleiden.

Foto: BS/cocoparisienne, pixabay.com

kann Geld den erlittenen Schaden oder gar den Verlust eines Menschen nicht aufwiegen. Dennoch sollen sich Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrleute weniger Sorgen um ihre finanzielle Absicherung machen“, betonte Sachsen's Finanzminister Christian Piwarz (CDU). Die letzte Anpassung der Zahlungen erfolgte im Jahr 1999.

Konkret sollen Beamteninnen und Beamte künftig 150.000 Euro erhalten, wenn sie bei einer lebensbedrohlichen Diensthandlung einen Dienstunfall erleiden. Voraussetzung ist, dass sie infolgedessen wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden müssen. Bislang lag die Summe bei 80.000 Euro.

Beim Tod im Dienst ist eine Erhöhung der Entschädigungszahlungen an die Witwe oder den Witwer von 60.000 Euro auf künftig 100.000 Euro vorgesehen. Bei nicht verheirateten Lebenspartnerschaften geht die Summe an die versorgungsberechtigten Kinder. Bei kinderreichen Familien sollen 30.000 Euro pro Person gezahlt werden.

Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. So sprach das Bundeskriminalamt (BKA) im Dezember 2025 von einem neuen Höchststand bei Gewalttaten gegen Polizeikräfte sowie Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Im Jahr 2024 wurden 46.367 Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten registriert. Seit 2015 nahmen die Angriffe damit um 38,5 Prozent zu.

DLRG-Rekord

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat einen neuen Mitgliederrekord. Mit dem Stichtag 31. Dezember 2025 verzeichnete der Verband 642.082 Mitglieder. Dies ist ein Plus von 2,34 Prozent oder 14.936 Mitgliedschaften gegenüber 2024.

Im Erwachsenenbereich setzte sich der positive Trend in der Mitgliederentwicklung weiter fort. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen (plus 3,65 Prozent) sowie bei den über 60-Jährigen (plus 4,1 Prozent) fielen die Zuwächse prozentual am deutlichsten aus. Über alle 18 Landesverbände (in den Bundesländern NRW und Baden-Württemberg gibt es jeweils zwei Verbände) hinweg verzeichnete die DLRG einen Anstieg der Mitgliedszahlen. Besonders deutlich fiel der Zuwachs in diesem Jahr in Hamburg aus (plus 8,7 Prozent). Bei den jüngsten Mitgliedern legte die DLRG zum wiederholten Male zu: Die Zahl der Kinder bis zwölf Jahre stieg innerhalb eines Jahres um 5.615 (2,83 Prozent) auf 204.148. Damit überschreitet die Organisation erstmals die Marke von 200.000 Kindern. Knapp die Hälfte der Mitglieder (49 Prozent) sind 18 Jahre oder jünger. Der starke Zuwachs bei den Kindern mache deutlich, wie hoch die Nachfrage nach Angeboten zum Schwimmenlernen sei, so die Gesellschaft. In vielen Regionen stoßen die Vereine jedoch aufgrund von fehlenden Wasserzeiten an ihre Grenzen, da die Schwimmbäder ausgelastet seien.

FUTURE  **PUBLIC**

Der Newsletter mit Zukunft.

 **SUBSCRIBE**

Maximale Einspareffekte erzielen

(BS) 2023 hat die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH die erste Feuerwache in Deutschland seriell saniert. Derzeit wird eine weitere Feuerwache in Berlin-Wannsee mit dem innovativen Sanierungskonzept auf Klimakurs gebracht. Weitere sollen folgen. Im Interview mit dem dena-Kompetenzzentrum Serielles Sanieren erläutert Angelika Hofmann-Nickel, Bereichsleiterin Baumanagement der BIM, warum serielle Sanieren ein unverzichtbarer Baustein ist, um kommunale Bestände fit für die klimaneutrale Zukunft zu machen.

Behörden Spiegel: Wie groß ist der kommunale Bestand, den Sie für das Land Berlin in Schuss halten?

Angelika Hofmann-Nickel: Wir als BIM sind u. a. zuständig für die Betreuung, Bewirtschaftung und Instandsetzung der betriebsnotwendigen Immobilien des Landes Berlin. Dazu zählen Finanzämter, Polizeidienststellen, Feuerwehrwachen, aber auch Kultureinrichtungen. Insgesamt sind es fünf Millionen Quadratmeter Bruttogeschoßfläche, also eine ganze Menge. Wenn man das so auf Gebäude verteilt, sind es ungefähr 5.000.

Behörden Spiegel: Wie ist der energetische Status quo der Berliner Liegenschaften?

Hofmann-Nickel: Wir haben einen relativ hohen Sanierungsstau von 8,3 Milliarden Euro. Davon entfallen gut zwei Milliarden Euro auf die energetische Sanierung. Auch der landeseigene Gebäudebestand muss seinen Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele Berlins beitragen.

Behörden Spiegel: Wie sind Sie auf das Thema serielle Sanierung aufmerksam geworden?

Hofmann-Nickel: Wenn man so einen Sanierungsstau zu bewältigen hat, ist es naheliegend, sich intensiv darüber Gedanken zu machen, wie man das am besten schafft. Wir haben viele innovative Köpfe in unse-



Angelika Hofmann-Nickel ist Bereichsleiterin Baumanagement der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).

Foto: BS/dena | Claudius Pflug

rem Unternehmen. Wir sind neugierig und betreten gerne neues Terrain. So entstand ziemlich schnell die Idee, einfach mal auszuprobieren, ob man die Bestände nicht seriell sanieren kann, um Bauzeiten zu verkürzen, um schneller zu sein, um mehr zu schaffen.

Behörden Spiegel: Was sind aus Ihrer Sicht die größten Vorteile der seriellen Sanierung?

Hofmann-Nickel: Mit seriellen Verfahren können wir die durchschnittliche Bauzeit um sechs bis acht Monate verkürzen. Bauzeiten verkürzen heißt Geld sparen, und das ist in der gegenwärtigen Haushaltssituation von zentraler Bedeutung. Denn unsere finanziellen Mittel sind beschränkt.

Deshalb müssen wir das zur Verfügung stehende Budget intelligent einsetzen, um mit jedem eingesetzten Euro die maximalen Einspareffekte zu erzielen. Dafür ist das serielle Sanieren ein ganz wichtiger Schlüsselfaktor.

Behörden Spiegel: Warum haben Sie die Feuerwache in Charlottenburg-Nord als Pilotprojekt ausgewählt?

Hofmann-Nickel: Die Feuerwache hat eine einfache Kubatur und ist ein Typengebäude. Das heißt, sie wurde bereits nach seriellen Prinzipien gebaut und ist somit optimal für eine serielle Sanierung geeignet.

Behörden Spiegel: Wie fällt Ihr Fazit aus?

Hofmann-Nickel: Sehr positiv. Im Vergleich zu einer konventionellen Sanierung waren wir sechs bis acht Monate schneller und hatten eine Kostenersparnis von rund 900.000 Euro – gerechnet auf die Zeitersparnis, die durch das serielle Verfahren trotz einer ungeplanten Betoninstandsetzung erreicht werden konnte. Und deshalb machen wir direkt mit der nächsten Feuerwache in Wannsee weiter.

Behörden Spiegel: Welche Learnings aus Charlottenburg nehmen Sie nach Wannsee mit?

Hofmann-Nickel: Ganz wichtig ist eine umfassende und sehr detaillierte Bestandsanalyse. In Charlottenburg-Nord waren mitten im Bauprozess eine umfangreiche Betoninstandsetzung und statische Ertüchtigung erforderlich, die die ursprünglich geplante Fertigstellung um 14 Monate verzögerte. Je mehr man am Anfang über den Bauzustand weiß, desto schneller und professioneller kann man auf derartige Herausforderungen reagieren. Für die Zukunft haben wir nun noch bessere Anhaltspunkte, um die Analyse zielgerichtet und noch detaillierter durchzuführen. Auch wenn dies mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, so wird es sich nach hinten raus definitiv auszahlen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Behörden Spiegel: Was machen Sie bei der Feuerwache Wannsee anders?

Hofmann-Nickel: Bauen im Bestand ist per se immer anders, weil jedes Gebäude



Serielle Sanierung Feuerwache Wannsee nimmt Form an.

Foto: BS/ZRS Architekten Ingenieure

anders ist. Im Gegensatz zur Feuerwache Charlottenburg sanieren wir hier bei laufendem Betrieb. Wir fangen mit der Rückseite des Gebäudes an, nach Fertigstellung folgt die Vorderseite.

So steht jeweils ein Gebäudeteil für die Feuerwehr zur Verfügung, während der andere saniert wird. Das ist wichtig, denn Ausweichquartiere für Feuerwachen können aufgrund der erforderlichen Nähe zum Einsatzort nur selten bereitgestellt werden.

Behörden Spiegel: Wie geht es bei der BIM mit dem seriellen Sanieren weiter?

Hofmann-Nickel: Bislang bin ich davon ausgegangen, dass 30 Prozent aller Gebäu-

de für die serielle Sanierung geeignet sind. Für den Bundesdurchschnitt mag das zutreffen, in Berlin liegt der Anteil aber deutlich höher. Laut unserer eigenen Portfolioanalyse sind rund 36 Prozent der von uns analysierten Gebäude geeignet. Somit wird serielles Sanieren ein fester Bestandteil unseres Repertoires werden. Wir werden unsere Mitarbeiter weiterbilden, eine entsprechende Arbeitsgruppe initiieren und uns in diesem neuen Segment immer weiter professionalisieren.

[> Mehr zur seriellen Sanierung der Feuerwache Charlottenburg-Nord](#)

[> Mehr zur seriellen Sanierung der Feuerwache Wannsee](#)

Ausbau von Zivilschutz und Selbsthilfekompetenzen gefordert

(BS) Angesichts veränderter Sicherheitslagen in Europa mahnen das Bayerische Rote Kreuz (BRK) und die Malteser in Bayern einen konsequenten Ausbau von Zivilschutz und Krisenvorsorge an. Neben klassischen Gefahren gewinnen hybride Bedrohungen wie Cyber-Angriffe, Desinformation und gesellschaftliche Polarisierung zunehmend an Bedeutung. Ziel müsse es sein, die Bevölkerung besser zu schützen und die langfristige Handlungsfähigkeit des Katastrophenschutzes zu sichern.

Im Mittelpunkt steht aus Sicht der Hilfsorganisationen die Stärkung von Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Viele grundlegende Kompetenzen seien in den vergangenen Jahrzehnten verloren gegangen, was in Krisen schneller zu Überlastungen führen könne. Bürgerinnen und Bürger müssten daher befähigt werden, sich im Notfall selbst zu organisieren und vorbereitet zu sein – etwa durch Haushaltsvorsorge oder lokale Unterstützungsstrukturen. Dies stabilisiere die Gesellschaft und entlaste professionelle Einsatzkräfte.

„Wer vorbereitet ist, bleibt handlungsfähig – und nimmt damit Druck aus der Lage. Genau das ist moderne Krisenvorsorge“, betonte Christoph Friedrich, Landesgeschäftsführer des Malteser Hilfsdienstes Bayern. „Wir brauchen mehr Wissen in der Breite: Selbstschutz, Erste Hilfe und geord-



BayZBE
Bayerisches Zentrum für
besondere Einsatzlagen



Christoph Friedrich, Landesgeschäftsführer des Malteser Hilfsdienstes Bayern, (links) und Robert Augustin, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK), fordern einen stärkeren Zivilschutz.

Foto: BS/Sebastian Pieknik, BRK

nete Nachbarschaftshilfe gehören dazu.“ Gleichzeitig warnen BRK und Malteser vor strukturellen Engpässen: Qualifizierung und Aufbau entsprechender Programme benötigten Zeit, Personal und verlässliche Finanzierung. Ohne zusätzliche hauptamtliche Kapazitäten sowie staatliche Unterstützung seien flächendeckende Angebote kaum umzusetzen. Zudem bleibe das System stark vom Ehrenamt abhängig. Dafür seien verlässliche Rahmenbedingungen und die Unterstützung durch Arbeitgeber entscheidend. „Unser Bevölkerungsschutz funktioniert, weil Hunderttausende Ehrenamtliche Verantwortung übernehmen – dieses Fundament dürfen wir nicht als selbstverständlich betrachten“, erklärt Robert Augustin, Landesgeschäftsführer des

Bayerischen Roten Kreuzes (BRK). „Damit das Ehrenamt leistungsfähig bleibt, brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen – und Arbeitgeber, die Freistellungen für Einsätze, aber auch Ausbildung mittragen.“

Als weitere Herausforderung sehen die Organisationen gezielte Desinformation, die gesellschaftliche Spaltung vertiefe und Krisenbewältigung erschwere. Verlässliche Information sei daher zentraler Bestandteil moderner Vorsorge. Insgesamt plädieren BRK und Malteser gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsschutz für ein langfristig angelegtes Verständnis von Zivilschutz – mit klaren Zuständigkeiten, Investitionen in Ausbildung und Strukturen sowie politischem Engagement auf allen Ebenen.

„Vor Krisen Köpfe kennen“

(BS/Florian Neisser, Sorush Mirzaei) Aktuelle Krisen sind dynamischer geworden und überlagern sich häufig. Zudem überschreiten sie zunehmend organisationale, sektorale und föderale Grenzen. Staatliche Verwaltungen und Einsatzorganisationen sind in besonderer Weise gefordert. Einerseits sind sie unmittelbar in die Lagebewältigung einbezogen, andererseits müssen sie zugleich ihre regulären Aufgaben erfüllen. Das vom BMFTR geförderte Forschungsprojekt RESKON „Nachhaltige fähigkeitsbasierte und messbare Resilienzerhöhung von Staat und Verwaltung durch kontinuierliche Verbesserung“ adressiert diese Herausforderungen. Im Rahmen des Projekts werden praxisnahe Werkzeuge entwickelt, die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie Verwaltungen dabei unterstützen sollen, ihre Resilienz zu messen, Fähigkeitslücken zu identifizieren, geeignete Verbesserungslösungen bereitzustellen und Kooperationen zu stärken. Gemeinsam mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, der Fraunhofer-Gesellschaft, compleneo Consulting, der TH Wildau und der Feuerwehr Dortmund erforscht das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), wie ein Kulturwandel bewirkt werden kann, der die Krisenantizipation in Behörden verbessert.

Die Resilienz von Behörden und die Aufrechterhaltung ihrer kritischen Dienstleistungen in einem Krisenereignis sind wichtig für das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in den Staat. In RESKON wird Resilienz als Fähigkeit von Behörden, flexibel auf Veränderungen und Herausforderungen wie Krisen und Schocks zu reagieren, sich anzupassen und diese effektiv zu bewältigen, definiert.

Kooperation als Resilienzvoraussetzung

Die Bewältigung grenzüberschreitender Krisen erfordert die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen unterschiedlicher föderaler Ebenen und unterschiedlicher Sektoren. Kooperation wird damit zu einer strukturellen Voraussetzung für die Krisenbewältigung und für die Stärkung der behördlichen Resilienz. Das The-



Wie können Staat und Verwaltungen sich gegen Krisen wappnen? Das Forschungsprojekt RESKON sucht Antworten.

Foto: BS/Martin stock.adobe.com

ma Kooperation ist auch eines von drei strategischen Zielen der „Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ (kurz: Resilienzstrategie), die bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden soll.

Erfolge in der Krisenbewältigung werden in der Regel durch Kooperation, Koordination und das Experimentierpotenzial dezentraler Einheiten gewährleistet. Aufgrund der Dynamik von Krisen müssen sowohl Verwaltungen auf allen föderalen Ebenen ebenso wie BOS und gegebenenfalls die Streitkräfte schnell reagieren und gleichzeitig koordiniert über Hierarchieebenen und Organisationsgrenzen miteinander kommunizieren. Studien deuten immer wieder darauf hin, dass Netzwerk- und Kooperationsfähigkeit entscheidende Faktoren für die Leistungsfähigkeit von Behörden sind. Eine bessere Vernetzung von Behörden untereinander sowie mit privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist ein wesentlicher Baustein für die Resilienz von Staat und Verwaltung.

Vertrauen als Basis

Gute Kooperationen basieren auf vertrauensvollen Beziehungen zwischen Einzelpersonen oder Organisationen. Informelle Netzwerke und das persönliche Kennen der Akteure sind oft fundamental. Gleichzeitig

besteht das Risiko eines Kooperationsabbruchs, wenn die Zusammenarbeit nur von einzelnen Akteuren getragen wird. Daher sollte eine Kooperation auch formell bestehen. Das bereits existierende Integrierte Risikomanagement des BBK bietet Handreichungen und Empfehlungen für den Austausch und die Vernetzung von privaten und staatlichen Akteuren. Diese Idee basiert auf der Tatsache, dass sich Kooperationen und Netzwerke in der Regel vor Krisen etablieren. Übungen sind eine ideale Möglichkeit, um mit anderen Akteuren in Kontakt zu treten und sich zu vernetzen. Das Leitmotiv „In Krisen Köpfe kennen“ sollte zu „Vor Krisen Köpfe kennen“ umformuliert werden.

Die Ergebnisse der bisherigen Interviews zeigen, dass Kooperation vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie aktiv durch Führungskräfte gefördert wird. Ein Beispiel hierfür ist die Einrichtung von Arbeitsgruppen auf Kommunalebene, durch die Synergieeffekte zwischen Ämtern und der Gefahrenabwehr entstehen. Erkenntnisse aus vergangenen Krisen sollten für die Organisation selbst in Form eines Wissensmanagements dokumentiert werden. Leider findet ein Austausch von Good-Practices zwischen den verschiedenen Akteuren bislang noch nicht ausreichend statt.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Damit eine Kooperation langfristig erfolgreich ist, müssen alle beteiligten Akteure einen klaren Mehrwert für sich erkennen. Dieser zeigt sich beispielsweise in vereinfachten Abläufen und im Wissens- und Ressourcenaustausch. Eine wichtige Erkenntnis ist zudem, dass Kooperation im deutschen Föderalismus nicht „Verschmelzung“ bedeutet, da jede Organisation ihre spezifischen Zuständigkeiten und Funktionen hat. Akteure sind somit strukturell voneinander abhängig. Diese Erkenntnis bildet die Grundlage für interorganisationale Kooperation im Bevölkerungsschutz.

Dieser Artikel präsentiert erste Erkenntnisse des RESKON-Kooperationskonzepts. Ein Praxisinstrument erarbeitet, was eine gute Kooperation auszeichnet und wie man

erkennt, ob die Zusammenarbeit gut funktioniert und wie entsprechende Maßnahmen abgeleitet werden können, um sowohl im Normalbetrieb als auch in Krisensituatiosn resilienter zu sein.

Informationen zum Projekt:

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Vorhaben wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt unter den Förderkennzeichen 1317127 bis 13N17132 im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2018 – 2023“ der Bundesregierung gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.



RESKON



Dr. Florian Neisser (links) und Sorush Mirzaei sind im Referat G.6 - Forschungskoordinierung im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) tätig.

Foto: BS/privat

Erweiterung am der NLBK

(BS) Das Niedersächsische Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) in Loy wird erweitert. Es konnte das Richtfest für das neue Bettenhaus auf dem Gelände begangen werden. Die bisherigen Kapazitäten waren aufgrund des gestiegenen Ausbildungsbedarfs nicht mehr ausreichend.

Das neue Gebäude soll im September 2026 fertiggestellt werden und 7,9 Millionen Euro kosten. Das dreigeschossige Bettenhaus bietet künftig 40 Einzelzimmer, darunter zwei barrierefreie Räume. Zudem sind drei Seminarräume geplant, von denen einer multifunktional genutzt werden kann. Im Erdgeschoss entstehen gemeinschaftliche Lerninseln, die sowohl

individuelles Arbeiten als auch Gruppenlernen unterstützen. „Mit dem Neubau des ergänzenden Bettenhauses machen wir einen wichtigen Schritt in Richtung moderner Erwachsenenbildung“, so Dr. Christian Kielhorn, Präsident des NLBK. „Für die Teilnehmenden der Lehrgänge bedeutet die künftige noch bessere Ausstattung am Standort Loy, dass sie in ihrer Motivation als künftige Führungskräfte zusätzlich gestärkt werden“, erklärte Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD). Das Land honoriere damit auch die Arbeit des Katastrophenschutzes in Niedersachsen. Der Standort in Loy wird seit einigen Jahren modernisiert und zählt zu den ältesten Ausbildungsstätten in Niedersachsen.

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

17. Februar:

- Weniger Verfahren, aber die Gewalt eskaliert
- Die Angst vor der Anzeige

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“ 17. Februar:](#)

- Polen legt neues Reserve-Konzept vor
- Die NATO baut ihre Führungsstruktur um
- Großbritannien schnürt Unterstützungs-paket für die Ukraine

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“ 18. Februar:](#)

- Thüringen wird digitales Pilotland
- Steuererklärung per App
- Angriffslage ohne Puffer

[Newsletter „Stadt. Land. News.“](#)

12. Februar:

- Hessen stärkt kommunale Handlungsräume
- Kitas in Niedersachsen unter Druck
- Thüringen fördert Gemeindefusionen

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Im Auftrag der Demokratie

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

17. Februar:

- Hilfe mit Auflagen: Mit dem Infrastruktur-Sondervermögen soll der Investitionsstau in Verkehr, Energie und Bildung behoben werden. Doch Fördermittel sind immer an Auflagen und bürokratische Hürden geknüpft. Wir recherchieren.
- Das Geld ist da: Lisa Paus ist Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag. Mit ihr sprechen wir über die verfügbaren Mittel im Infrastruktur-Sondervermögen.

POLIZEITAG HAMBURG

24. MÄRZ 2026

STÖRUNGSFREI TROTZ HOCHRISIKO

Gesamtmoderation:

Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a.D.

09:00 Begrüßung der Gäste

Dr. Eva-Charlotte Proll, Herausgeberin und Chefredakteurin, Behörden Spiegel
Horst Niens, Gewerkschaft der Polizei, Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

09:15 Keynote

Andy Grote*, Senator, Präsident der Behörde für Inneres und für Sport, Freie und Hansestadt Hamburg

09:45 Für alle, die uns schützen: Sicherheit und Effizienz im Einsatz

Aylin Aslaner, Regional Director DACH & Netherlands, Axon

10:05 Vortrag

Lars Osburg, Gewerkschaft der Polizei, stV. Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

10:30 KAFFEEPAUSE

11:00 Telemedizin im Gewahrsam - Schnell.

Sicher. Rund um die Uhr.

Tina Stenger, Leiterin Geschäftsentwicklung, Expertin für telemedizinische Behandlungen, A+ Videoclinic
Debora Scarafilo, Referentin für Telemedizin A+ Videoclinic

11:20 Einsatzkonzeption

Timo Zill, Leiter der Schutzpolizei, Freie und Hansestadt Hamburg

11:50 Täteridentifikation beim Fußball - Lagebild und Abwehrimpulse

Dominik Kahsche, Solution Consultant, rola Security

12:10 Grußwort

Dr. Peter Tschentscher*, erster Bürgermeister, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

12:30 MITTAGSPAUSE

13:30 Einsatz der Bundespolizei im norddeutschen Raum bei Sportveranstaltungen

Michael Schuol, Polizeipräsident, Bundespolizeidirektion Hannover
Linkogel, Inspektionsleiter, Bundespolizeiinspektion Hamburg

14:00 Partnervortrag

N.N., Akquinet

14:15 Sicheres Stadionerlebnis – Ein Berliner Modellprojekt

Stephen Köppe*, Lehrkraft für Besondere Aufgaben – M.A., Fachbereich 5 – Polizei- und Sicherheitsmanagement, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

14:45 KAFFEEPAUSE

15:15 Mobile Video-Beobachtung

N.N., Air Bavarian

15:30 Vortrag

N.N., St. Pauli Fanladen

16:00 Diskussionsrunde

Leitung: Dr. Eva-Charlotte Proll, Behörden Spiegel

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Falk Schnabel, Polizeipräsident, Freie und Hansestadt Hamburg

Lukas Rind, Leiter Fankultur, HSV
Mustafa Güngör, SPD, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

Stephen Köppe, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Horst Niens, Gewerkschaft der Polizei, Vorsitzender des Landesbezirks Hamburg

17:00 Ende der Veranstaltung

* Angefragt

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Behörden Spiegel



Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Julia Grahn, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Fels, Lars Mahnke, Carla Menzel, Anne Mareile Moschinski, Sven Rudolf, Frederik Steinhage. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerden-spiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. h. c. Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.